

Prävention sexuell übertragbarer Infektionen

Schätzungsweise 13.000 Menschen in Deutschland wissen nichts von ihrer HIV-Infektion. Die Dunkelziffer ist aus zwei Gründen besorgniserregend: Neben der Gefahr für andere ist für die Betroffenen der frühzeitige Beginn einer Therapie sehr wichtig. Im September 2018 hat der Bundesrat die Zulassung von HIV-Selbsttests ermöglicht. Der Test, der sich in den eigenen vier Wänden durchführen lässt, zeigt schon nach einer viertel Stunde ein Ergebnis an. Auf Initiative der NRW-Koalition werden die Aids-Hilfen in Nordrhein-Westfalen jetzt mit 1.000 dieser Schnelltests ausgestattet. Die regionalen Beratungsstellen können diese für ihre Präventionsarbeit nutzen und kostenfrei ausgeben. Mit dem niedrigschwelligen Angebot sollen mehr Personen zu frühzeitigen Tests bewegt werden.

→ [Antrag: 1.000 HIV-Selbsttests für die Aidshilfen](#)

Gegen Gewalt an Frauen und Mädchen

Die aktuelle Polizeiliche Kriminalstatistik zur Partnerschaftsgewalt, die vergangene Woche vorgestellt wurde, offenbart erneut erschreckende Zahlen: Danach hat jede vierte Frau in ihrem Leben körperliche oder sexuelle Gewalt in der Partnerschaft erlebt. Opfer von Partnerschaftsgewalt sind zu 82 Prozent Frauen. Auf Antrag von FDP und CDU beriet der Landtag in einer Aktuellen Stunde kurz- und langfristige Lösungsansätze zur Bewältigung dieses drängenden Problems.

→ [Antrag auf Aktuelle Stunde: Gewalt gegen Frauen und Mädchen](#)

Straßenausbaubeiträge bürgerfreundlich gestalten

Die Landtagsfraktionen von FDP und CDU fordern die Landesregierung auf, das bestehende System der Straßenausbaubeiträge für Anlieger (§ 8 KAG) zu modernisieren. Die Koalitionsfraktionen wollen eine bürgerfreundliche Ausgestaltung und fordern die Prüfung möglicher Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger.

Das System der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen stellt grundsätzlich einen ausgewogenen Ausgleich zwischen den Interessen der Anlieger und dem Nutzen für die Allgemeinheit dar. Dennoch weist das bestehende System für viele Anlieger nicht die notwendige Transparenz auf und führt – auch wegen der Kostensteigerungen im Straßenbau – zu teils unverträglich hohen finanziellen Belastungen. Damit wird die Akzeptanz eines über Jahrzehnte bestehenden Systems in Frage gestellt.

Bürgerinnen und Bürger empfinden die unterschiedlichen, auf der jeweiligen Finanzkraft der Kommune basierenden Regelungen, als ungerecht. FDP und CDU setzen sich daher für eine Modernisierung des kommunalen Abgabengesetzes ein. Gemeinsam mit Städten und Gemeinden sollen alle Möglichkeiten zur Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern geprüft werden. Diese Prüfung muss sowohl die wirtschaftliche Leistungskraft der Anlieger als auch die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen berücksichtigen.

→ [Antrag: Straßenausbaubeiträge bürgerfreundlich gestalten](#)



Sturm, Dürre und Borkenkäferplage – Gefahr für den Baumbestand in NRW

Die Forstwirtschaft steht aufgrund des schlechten Zustands des Baumbestands vor erheblichen Herausforderungen und Problemen. Das Orkan-tief Friederike im Januar, der Rekordsommer, die extreme Dürre und der dramatische Borkenkäferbefall hat den Baumbestand stark geschädigt. Mehrere Millionen Bäume sind betroffen. Das Holz ist von schlechter Qualität, die Preise sind stark gefallen. Bäume, die erst in einigen Jahren oder Jahrzehnten gefällt worden wären, mussten bereits jetzt gefällt werden. Die Landtagsfraktionen von FDP und CDU wollen die Rahmenbedingungen für Waldbauern und Waldbesitzer verbessern. Hierzu gehören unter anderem die Verbesserung der Infrastruktur, steuerliche Maßnahmen und, falls möglich, auch direkte Hilfen. Die Wiederaufforstung sollten wir trotz aller Probleme auch als Chance sehen, widerstandsfähige und klimastabile Bäume zu setzen.

→ [Antrag: Waldbesitzern unkompliziert helfen](#)

Weitere Initiativen der FDP-Landtagsfraktion

Mittelstand und Handwerk bei der Übergabe an Nachfolger unterstützen

Erfolgreiche Firmenübergaben an Nachfolger sind ein wichtiger Baustein in der Sicherung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Der Generationenwechsel stellt kleine und mittlere Unternehmen (KMU) vor große Herausforderungen. Die Fraktionen von FDP und CDU setzen sich daher für eine stärkere Sensibilisierung beim Thema Unternehmensnachfolge ein. Dabei soll eine Kategorie für gelungene Nachfolgeprozesse beim Gründerpreis helfen. Zudem sollen Mitarbeiterbeteiligungen gefördert werden.

→ [Antrag: Arbeitsplätze sichern – Unternehmensnachfolge in NRW stärken](#)

100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland

In einer gemeinsamen Initiative fordern FDP, CDU, SPD und Grüne einhundert Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts im November 1918 eine bessere Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben mit ehrenamtlichen Tätigkeiten für Frauen und Männer. Für ein verstärktes politisches Engagement von Frauen sollen vorhandene Angebote zur Karriereentwicklung von Nachwuchskräften und die Netzwerkentwicklung von Frauen in der Politik sowie weitere Angebote ausgebaut werden.

→ [Antrag: Errungenschaften verteidigen, Gleichberechtigung weiter stärken](#)

Rückkehr des Wolfes nach NRW

Beinahe täglich gibt es Meldungen über Wolfssichtungen. Gesichert ist, dass mindestens ein Tier am Niederrhein sesshaft geworden ist. Gerissene Schafe besorgen die Weidetierhalter. Die erforderlichen Schutzmaßnahmen stellen Schafs- und Ziegenhalter vor erhebliche personelle und finanzielle Herausforderungen. Viele Bürgerinnen und Bürger sind besorgt, äußern Ängste und erwarten zurecht Antworten. Die Fraktionen von FDP und CDU fordern die Landesregierung auf, eine Strategie zum Umgang mit dem Wolf zu entwickeln. Neben kurzfristigen Maßnahmen braucht es eine langfristige Strategie zum Umgang mit dem Wolf. Definierte Verbreitungsgebiete für den Wolf können Teil der Lösung sein. In geeigneten Gebieten soll der Wolf geschützt leben können. Von Gebieten in der Nähe von Wohnsiedlungen soll er jedoch ferngehalten werden.

→ [Antrag: Strategie zum Umgang mit dem Wolf](#)